



Karsten Strasser

Martin Scharlau

Holger Jentz

Stephanie Neveling

Anne-Marie Hovingh

Björn Grantz

Josiane Kieser

Stephan Müller Malte Noga Gesche

Was tun für die soziale Stadtteilkultur?

Am 7. Mai diskutierten die Teilnehmer/innen des Luruper Forums mit Kandidat/innen für die Wahlen zur Bezirksversammlung von CDU, FDP, den Grünen, den Linken und der SPD. Hauptthema war: Was konkret können und wollen die Politiker/innen tun, um die Arbeit des Luruper Forums und des Stadtteilhauses Lurup abzusichern? souverän moderiert wurde die Veranstaltung von Stefanie Neveling, der Leiterin des Kinder- und Familienzentrums Lurup.

Zur Einführung formulierte Sabine Tengeler von der Geschäftsführung des Luruper Forums, wo für in Lurup wieviel Mittel gebraucht werden: „Im Luruper Forum und in seinem Zentrum, dem Stadtteilhaus Lurup gibt es eine verlässliche intensive Zusammenarbeit von ehren- und hauptamtlich Engagierten mit einer hoch qualifizierten Pflege und Weiterentwicklung der Kultur des Miteinanders, der Partizipation, der Stadtteilentwicklung und für die Entwicklung, den Ausbau und die Sicherung eines breiten soziokulturellen Angebots.“ Diese Arbeit müsse durch eine verlässliche Förderung abgesichert werden mit jährlich 34.000 Euro für das Luruper Forum (Stadtteilbüro, Zeitung und Verfügungsfonds) und kurzfristig mit jährlich 135.000 Euro, mittelfristig 208.000 Euro für das Stadtteilhaus Lurup.

Die befragten Politiker/innen stimmten dieser Einschätzung zu, hatten aber unterschiedliche Auffassungen, ob und wie dies zu erreichen sei.

Gesche Boehlich von den Grünen sagte: „Der Bezirk hat mehrere Anträge auf Erhöhung der Rahmenzuweisung für Stadtteilkultur gestellt. Wir werden das wieder tun. Wir werden die Diskussion, wie das Stadtteilhaus sich entwickeln will, begleiten.“ Sie stellte klar: „Das Geld aus dem Quartiersfonds und anderen Politikmitteln ist kein sicheres Geld! Wir müssen feste Töpfe schaffen.“ Sie wies darauf hin, dass andere Stadtteilkulturzentren auch ein strukturelles Defizit hätten. „Es ist Aufgabe des Senats, das auszugleichen.“ Sonst müsse bei jedem Haus, das dazu käme, immer wieder umverteilt werden, bis keines mehr arbeitsfähig sei. *Malte Noga* von den Grünen ergänzte, dass die Bezirke ein

eigenes Haushaltsrecht benötigten, damit sie die Mittel selbst verteilen können.

Stephan Müller von der CDU schlug vor, mit einem gemeinsamen Antrag aller Fraktionen dafür zu sorgen, dass im Haushalt für 2015/16 vom Senat ausreichend Mittel für Stadtteilkultur und das Stadtteilhaus bereit gestellt werden. *Josi Kieser* ergänzte: „Wie in den letzten Jahren werde ich mich mit aller Kraft und allen erreichbaren Gremien für das Stadtteilhaus einsetzen.“

Björn Grantz von der SPD sagte: „Die SPD-Fraktion hat sich in all den Jahren darum gekümmert, dass die Finanzierung klappt. Wir werden in Koalitionsgesprächen sicherstellen, dass mehr Mittel aus der Rahmenzuweisung Stadtteilkultur für das Haus zur Verfügung gestellt werden.“ *Anne-Marie Hovingh*, kulturpolitische Sprecherin der SPD, erklärte: „Die Fraktion wird sich auf jeden Fall dafür einsetzen, dass Stadtteilhaus weiterzuentwickeln.“ Dazu solle die AG Stadtteilkultur des Kulturausschusses mit besserer Unterstützung vom Bezirksamt wieder eingesetzt werden.

Holger Jentz von der FDP versprach: „Wir strampeln weiter und unterstützen Ihre Anträge.“ Sein Parteikollege *Martin Scharlach* erklärte: „Die dauerhafte Sicherung steht auf der Tagesordnung. Es ist zu fragen, ob nicht alte Zöpfe in anderen Zentren gepflegt werden. Andere Zentren können möglicherweise etwas abgegeben. Wir dürfen dieser Diskussion nicht ausweichen.“

Karsten Strasser von der Linken sagte: „Wir haben uns für die Wiedereinsetzung des Verfügungsfonds in Höhe von mindestens 6.000 Euro eingesetzt. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass von der Bezirksversammlung 97.000 Euro gefordert werden, das ist inzwischen bei der Fachbehörde angekommen.“ Bisher erhalte der Bezirk 960.000 Euro für Stadtteilkultur. Diese seien regional und sozial gerecht zu verteilen. Dafür reiche eine AG des Kulturausschusses nicht aus. Es müsse ganz konkret für 2015 angestrebt werden, 50.000 Euro aus der institutionellen Förderung für die Stadtteilkulturzentren umzuverteilen. „Gleichzeitig müssen wir den Senat weiter unter Druck setzen. Die Knappheit der Mittel darf nicht auf dem Rücken des kleinsten Zentrums ausgetragen werden. Wir halten es für möglich, umzuverteilen und den Kulturetat zu erhöhen. Wir sollten eine

interfraktionelle Initiative starten und damit mehr Geld für Stadtteilkultur und bezirksintern einen neuen Verteilerschlüssel einfordern.“

Martin Eibl von ProQuartier stellte eine große Einigkeit fest, Forderungen zu stellen, die andere erfüllen sollen.

Sabine Schult von der Geschäftsführung des Luruper Forums betonte: „Wir möchten, dass die Gelder anders aufgeteilt werden. Alle Zentren sollen Regelzuweisung und anderes Geld erhalten, damit wir eine gesicherte Grundlage für dieses Haus erhalten. Wir wollen unsere Energie dafür wenden, um für die Menschen hier da zu sein. Das muss *jetzt* passieren!“

Dr. Bernd Schmidt-Tiedemann sagte: „Wir brauchen eine Verstetigung, eine feste Finanzierung. Wenn die Mittel nicht sicher sind, dann müsse geklärt werden: Welche Kriterien werden bei der Verteilung solcher Gelder angelegt. Geht es nach Einwohnerzahl? Wertschätzung? Evaluation? Wir brauchen 10.000 Euro Verfügungsfonds für Lurup.“ *Stephan Müller* sagte dazu: „Für die Berechnung des Verfügungsfonds sollte die Größe und der Sozialindex des Gebietes bestimmend sein. Ich bin für ausreichende Verfügungsfonds.“ Für *Karsten Strasser* sind 10.000 Euro für den Verfügungsfonds eine wichtige Forderung.

Joachim Wöpke regte an: Wir sollten verfassungsrechtlich klären, ob Kulturmittel nicht gerechter geteilt werden müssen. *Gesche Boehlich* hielt dem entgegen, dass Lurup keinen Rechtsanspruch auf das Geld habe.

Hans-Jürgen Bardua fragte nach dem **Stellenwert von Umweltschutz und Nachhaltigkeit** bei den Parteien? *Gesche Boehlich* erklärte dazu: „Wir setzen uns für die Feldmarken ein, wir wollen kein Grün bebauen.“ *Anne-Marie Hovingh* sagte, dass die Bürger/innen selbst viel zum Umweltschutz beitragen könnten, indem sie den Nahverkehr oder das Fahrrad nutzen. *Karsten Strasser* sagte: „Wir brauchen eine sozialökologische Verkehrswende, direkte Anbindung an die Innenstadt. Die Busbeschleunigung bedeutet drei verlorene Jahre. Wir brauchen ein Sozialticket. Beim Bau des Technologieparks in der Feldmark müssen wir ökologische Belange in der Feldmark berücksichtigen und Klimaschneisen in die Innenstadt erhalten.“ *sat*